



Bild: zvg

Einsatz für die Schwächeren in unserer Gesellschaft: Regierungsrat Andreas Rickenbacher.

## ROT-GRÜNER ERFOLG

# Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsbaus

**Dank einem hauchdünnen Entscheid des Grossen Rates von 75 zu 74 Stimmen konnte die rot-grüne Regierung eine massvolle staatliche Wohnbauförderung durchsetzen. Diese soll vor allem den sozial Schwachen helfen.** Andreas Rickenbacher

16000 Bernerinnen und Berner haben mit der Unterschrift unter die Initiative «Günstig Wohnen» die Regierung beauftragt, Massnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation und zur Förderung von preisgünstigen Wohnungen zu ergreifen. Diese Initiative war im 2005 vom Mieterinnen- und Mieterverband des Kantons Bern eingereicht und unter anderem auch von der SP unterstützt worden. Die Initiantinnen und Initianten haben während des politischen Prozesses die Initiative zugunsten eines indirekten Gegenvorschlags der Regierung zurückgezogen.

### Anschubfinanzierung

Die Förderung konzentriert sich nun auf die Unterstützung gemeinnütziger Wohnbauträger und beschränkt sich auf die Phase der Projektierung. Konkret können sich gemeinnützige Wohnbauträger künftig beim Kanton melden, wenn sie preisgünstige Mietwoh-

nungen planen oder solche langfristig erhalten wollen. Sie erhalten für Konzeptarbeiten, Standortevaluationen, Beratungen und Machbarkeitsstudien eine finanzielle Unterstützung von höchstens 100 000 Franken pro Jahr.

Ich bin überzeugt, dass wir mit dem neuen Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots (PMG) ein wichtiges zusätzliches Element für die Förderung des preisgünstigen Wohnungsangebots geschaffen haben. Es handelt sich um ein schlankes Gesetz und dank der Zusammenarbeit mit den Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus ist der Vollzug kostengünstig.

### Projekte sorgfältig auswählen

Vorerst bleibt das Gesetz auf vier Jahre befristet. Sollte das PMG entgegen unseren Erwartungen seine Ziele nicht erreichen und keinem Bedürfnis entsprechen, dann führen wir diese Staatsaufgabe nicht

unbeschränkt weiter. Zudem besteht auf die Förderung kein Rechtsanspruch. Dies ermöglicht es, die zu fördernden Projekte sorgfältig auszuwählen und die Mittel den finanziellen Möglichkeiten des Kantons anzupassen.

Das neue Gesetz ist ein positives Signal und eine wichtige Massnahme zugunsten der schwächsten Glieder im Mietwohnungsmarkt.

### Mehrheiten sind wesentlich

Ein Wermutstropfen bleibt aber, dass der Grosse Rat in derselben Debatte das Wohnraumerhaltungsgesetz (WERG) für die Stadt Bern aufgehoben hat. Der Regierungsrat hatte die Ablehnung des Vorstosses beantragt, weil das WERG für den Schutz von Wohnraum in der Stadt Bern nach wie vor eine wichtige Rolle gespielt hat. Dieses Ergebnis zeigt einmal mehr, wie wichtig es ist, dass am 28. März 2010 nicht nur die rot-grüne Mehrheit in der Regierung bestätigt wird, sondern dass wir auch im Grossen Rat eine Mehrheit für unser Lager gewinnen können.

Andreas Rickenbacher, Regierungsrat (SP) und Volkswirtschaftsdirektor Kanton Bern

## TSCHOU

### Danke!

Nach Misserfolgen reagieren einige wütig und entschlossen. Andere verstecken sich unter dem Panzer von Zynismus oder resignieren, gefolgt von politi-



schischer Abstinenz. Gewannen deshalb am 28. November Ressentiments die Oberhand? Danken möchte ich allen, wel-

che trotz allem weiter am Karren gezogen haben, unbeirrt von Niederlagen und erschreckenden gesellschaftlichen Strömungen. Mit Menschlichkeit und manchmal mit einer Prise Humor habt ihr für Gerechtigkeit gekämpft, zum Beispiel aus Solidarität mit den Entlassenen von Weber Benteli. Die Firma fiel durch Übernahmen und Fusionen der Gier zum Opfer. Auch im neuen Jahr wird die extreme Rechte Angst und Hass schüren und von den wahren Problemen ablenken: der Sorge um Arbeitsplätze, Krankenkassenprämien, anständige Renten und das Klima. Wir haben Antworten, aber es braucht eine laute Stimme mitten im fremdenfeindlichen Geschrei. Wie laut unsere Stimme in der Kantonspolitik ist, entscheiden wir am 28. März. Vorher braucht es deinen Einsatz für die SP, die einzige Garantin für eine soziale und ökologische Politik. Darum die ganz persönlichen Fragen an dich: Was trägst du bei? Wie viele persönliche Mails wirst du verschicken? Wie manche Stunde stehst du am Bahnhof in der Kälte, aus Solidarität, für die Grundwerte der SP?

Roland Näf,  
Vizepräsident SP Kanton Bern

## SPITZE FEDER

## Rentenklaus und Pakt für Produktion

Die vom Parlament verabschiedete Rentenkürzung bei den Pensionskassen ist Rentenklaus. Denn diese Rentenkürzung wurde



von den grossen Banken und Versicherungen betrieben. Sie wollen aus der Verwaltung der Pensionskassen

weiterhin Gewinne erwirtschaften für absurd hohe Eigenkapitalrenditen von 15 und mehr Prozent. Deswegen ist es wichtig, am 7. März das Referendum der Gewerkschaften zu unterstützen.

Darüber hinaus sind die Pensionskassen aber ein sehr ineffizientes System. Mit einem Kapital von 600 Milliarden Franken zahlen sie jährlich nicht mehr Renten aus als die AHV, der dafür ein Kapital von 40 Milliarden Franken genügt. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir uns langfristig von diesem System wieder befreien können. Oder wenigstens wie die in diesen Geldmengen schlummernden Kräfte aus den spekulativen Finanzkreisläufen abgezogen und zum Wohle der produzierenden Wirtschaft eingesetzt werden können. Die Gewerkschaft Unia hat im Herbst mit dem «Pakt für Produktion» einen Vorschlag gemacht. In Kürze: Pensionskassengelder sind in Industriebetriebe umzuleiten, die unter den verschärften Kreditbedingungen der Banken leiden. Die Nationalbank versichert diese Kredite mit einer Bürgschaft. Der Vorschlag ist einfach und elegant. Er zeigt, dass die Gewerkschaften Gestaltungsmacht haben. In diesen unübersichtlichen Zeiten ist das eine besonders wichtige Qualität.

Johannes Wartenweiler  
Sekretär Gewerkschaftsbund  
Kanton und Stadt Bern

# Berner Finanzen vor dem Grounding

**Der Kanton Bern hat seine Verschuldung von elf auf unter sieben Milliarden Franken gesenkt. Das Nationalbankgold und enorme Sparmassnahmen, insbesondere beim Personal, haben zu diesem Resultat geführt. Ab 2011 droht dem Kanton Bern aber erneut die Schuldenwirtschaft.** Matthias Burkhalter

Die rot-grüne Regierung versucht, in der schwierigen Situation die bestmöglichen Lösungen umzusetzen. Behindert wird sie dabei von einer uneinsichtigen bürgerlichen Grossratsmehrheit. Die finanziellen Aussichten sind schlecht, unglaublich schlecht sogar. Die Rechnungen 2009 und 2010 werden fast ausgeglichen abschliessen. Für die Jahre 2011 bis 2013 rechnet der Regierungsrat aber mit einer jährlichen Lücke von 400 bis 500 Millionen Franken. Das ist nicht Schwarzmalerei, sondern Realität.

## Sparen ja, aber nicht bei mir

Die Finanzkommission des Grossen Rates bringt das Kunststück zustande, über jährliche Finanzierungslücken von fast 500 Millionen zu diskutieren und gleichzeitig einem unnötigen Kredit von fünf Millionen Franken zuzustimmen.

Die Bürgerlichen sind nicht bereit zu sparen. Oder dann nicht in ihren Schutzgebieten. Konkret: Die Alpar AG hat dem Kanton ein Gesuch von rund fünf Millionen Franken gestellt, um die Sicherheitsauflagen im Belpmoos den EU-Standards anpassen zu können. Für einen solchen Beitrag fehlen jegliche Rechtsgrundlagen. Und trotzdem soll diesem privaten Unternehmen erneut eine massive Finanzhilfe gewährt werden. Der Grosse Rat wird 2010 über den umstrittenen Kredit befinden.

## Wo kann der Kanton steuern?

Der Kanton Bern ist ein Grosskonzern mit einem Jahresumsatz von zehn Milliarden Franken und 30000 Angestellten. Weite Teile der Ausgaben kann der Kanton nicht direkt steuern. Bei den Direktzahlungen an die Landwirtschaft leitet

er Bundesgeld weiter. Eine lineare Kürzung ist nicht möglich. Fast alle Ausgaben haben eine gesetzliche Grundlage. Diese kann nicht rasch verändert werden.

Wie kann denn der Finanzhaushalt gesteuert werden? Folgende vier Bereiche stehen in Konkurrenz zueinander: Investitionen, Steuern, Schuldenabbau und Personalkosten.

Die **Investitionen** wurden in den letzten Jahren stark angehoben. Es bestand Nachholbedarf. In der Krise soll Geld ausgegeben werden. Investitionen bestimmen unsere Zukunft.

Die **Steuern** im Kanton Bern sind relativ hoch. Steuersenkungen bei tiefen Einkommen und bei Familien müssen umgesetzt werden. Am hysterischen Wettlauf der Kantone können wir aber nicht teilnehmen. Jede Steuersenkung entzieht dem Kanton Mittel zur Aufgabenerfüllung.

Die **Schulden** sind tief. Sie müssen nicht weiter abgebaut werden. Sie sind tiefer als die Jahreseinnahmen. Jeder Hausbesitzer ist glücklich, wenn seine Hypothek kleiner ist als sein Lohn.

Die **Personalkosten** sind hoch. Zu wenig hoch. Der Kanton Bern hat Mühe, qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Daran hat auch die Wirtschaftskrise nichts geändert. Der Bund und die grossen Regiebetriebe haben bessere Arbeitsbedingungen.

## Unsere Forderungen

Die SP fordert angesichts dieser klaren Ausgangslage ein angemessenes Investitionsniveau, eine leichte Neuverschuldung, keine untragbaren Steuersenkungen und soziale Personalmassnahmen.



© Finanzdirektion Kanton Bern



**Matthias Burkhalter**  
Präsident Fachausschuss  
Finanzen, Arbeit und  
Wirtschaft

MARIE BOEHLLEN

# Eine Frau macht Politik

**Sie war Frauenrechtlerin, Juristin, Sozialdemokratin und Parlamentarierin. Sie war streitbar, gradlinig und überzeugt, dass auch Frauen ein politisches und berufliches Leben führen können und sollen.** Angelika Neuhaus

Marie Boehlen, 1911 in Riggisberg im Kanton Bern geboren, Tochter eines Nagelschmieds und Landwirts, entschied sich früh ihre ländlichen Wurzeln abzustreifen und aus der Geborgenheit und Enge auszubrechen. Sie entschied sich ein Leben ohne Mann und ohne Kinder zu führen; ein Entscheid, der für eine Frau ihrer Generation, die eine berufliche und politische Karriere anstrebte, unausweichlich war.

## Karrierenhindernisse

Marie Boehlen studierte Jurisprudenz und war bereit, eine verantwortungsvolle Stelle zu übernehmen. Bei der Stellensuche erlebte sie Enttäuschungen, die nichts mit ihrer Qualifikation, sondern mit ihrem Geschlecht zu tun hatten. Als sie juristische Sekretärin auf dem Regierungstatthalteramt war, hat man(n) Marie Boehlen klar zu verstehen gegeben, dass Karrieren für Männer reserviert seien. 1956 wurde Marie Boehlen als erste vollamtliche Jugendanwältin der Schweiz gewählt; endlich eine Stelle, die ihren Fähigkeiten gerecht wurde. Eine Wahl ans Obergericht des Kantons Bern wurde ihr von der SP-Fraktion des Grossen Rates verwehrt, obwohl sie hervorragend qualifiziert war; vorgeschlagen wurde ein Mann. Marie Boehlen setzte sich nach den vielen Enttäuschungen als Jugendanwältin für ein menschlicheres Jugendstrafrecht ein, schrieb Bücher und betätigte sich als Journalistin.

Liselotte Lüscher

## Eine Frau macht Politik – Marie Boehlen 1911–1999

Limmat-Verlag; auch zu beziehen im SP-Sekretariat zum Preis von Fr. 25.– zuzüglich Portokosten (sekretariat@spbe.ch).

## Frauenstimmrechtskampf

Die Ungerechtigkeiten, die sie als Frau erlebte, bewogen Marie Boehlen früh, den Kampf für das Frauenstimmrecht aufzunehmen, den sie während dreissig Jahren unermüdlich führte. Sie trat 1945 der SP bei und blieb bis zu ihrem Tod Mitglied. Im Zentrum ihrer Bemühungen standen die soziale Gerechtigkeit, die krassen Unterschiede zwischen Arm und Reich und die Diskriminierung von Frauen. Nach der Einführung des Frauenstimmrechts wurde Marie Boehlen als 60-Jährige in den Stadtrat von Bern und zwei Jahre später in den Grossen Rat des Kantons Bern gewählt – eine späte Genugtuung für viele Enttäuschungen und Verletzungen. Die Wahl in den Nationalrat gelang ihr nicht; sie



© Nachlass Marie Boehlen

«Zur militanten Stimmrechtlerin geworden», schrieb Marie Boehlen zu diesem Bild ins Album

hätte sich dies sehr gewünscht.

## SP-Frauen-Präsidium

Marie Boehlen war auch in den SP-Frauenstrukturen aktiv: zuerst auf der kommunalen Ebene, dann auch auf der kantonalen und schweizerischen, wo sie 1966 das Präsidium der SP Frauen Schweiz übernahm. Doch stimmberechtigtes Mitglied der Geschäftsleitung der SP Schweiz wurde sie trotz verschiedener Anträge nicht; als Präsi-

**«Sie hat uns jüngeren Frauen viel gegeben und uns Mut gemacht. Dafür schulde ich ihr grossen Dank» Ruth Dreifuss**

dentin der SP-Frauen Schweiz hatte sie nur einen beratenden Status in der GL. Die notwendige Statutenänderung erfolgte erst 1990 (!) – unglaublich für eine Partei, die sich der Gleichstellung von Frauen und Männern verschrieben hat.

## Mutmacherin

Zehn Jahre nach dem Tod von Marie Boehlen hat Liselotte Lüscher eine Biographie verfasst, die uns jüngeren Frauen bewusst macht, wie viel wir ihr und ihresgleichen verdanken. Marie Boehlen hat uns Mut gemacht, aber auch aufgezeigt, dass wir trotz Widrigkeiten und persönlichen Niederlagen nicht aufgeben dürfen und uns weiter für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzen müssen. Wer dies für überholt hält, werfe einen Blick in den «Bund» vom 10.12.2009, wo die neuen Regierungstatthalter des Kantons Bern abgebildet sind – ohne eine einzige Frau.



Angelika Neuhaus  
Parteisekretärin  
der SP Kanton Bern

## SP-FRAUEN

### 16 Tage gegen Gewalt

Eine der Veranstaltungen von «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» war WALAL in Bern. Als



Initiantin und Co-Projektleiterin werfe ich gerne einen Blick zurück. Das Thema der weiblichen Genitalbe-

schneidung ist ein schwieriges. Entsetzen und Sprachlosigkeit sind oft die einzige Reaktion.

Voyeurismus, Mitleid und Opferdarstellung eine andere.

WALAL versuchte bewusst, sich davon zu distanzieren.

Die Millionen von beschnittenen Frauen lachen, tanzen, singen und sind durchaus fröhlich und lustvoll. Sprachlos wurden noch nie Probleme gelöst!

Bei WALAL in der Reitschule wurde gelacht, getanz, gesungen und fein gegessen; es wurde aber auch geweint, nachgedacht, diskutiert, informiert und Kontakt geknüpft. Offenheit und der Dialog zwischen Betroffenen und Nicht-Betroffenen ist der Weg, den wir gehen müssen, damit diese entsetzliche Praktik ein Ende findet! Bei WALAL bekamen die betroffenen Frauen ein Gesicht und eine Stimme. Auf dem Podium leitete Maria Roth Bernasconi sichtlich berührt eine Runde von vier engagierten Frauen. Ich bin froh diese Stimmen gehört zu haben. Unsere Arbeit braucht es leider noch lange. WALAL wird weitergeführt, auch dank der vielen Begegnungen während den drei intensiven Tagen.

Herzlichen Dank der Reitschule für das Gastrecht und die tolle Zusammenarbeit.

Eva Hardmeier, Leitungsgremium  
SP-Frauen Kanton Bern

## SCHLUSSSPURT

# Mit der SP stärker in die Zukunft ...

Der Parteitag vom 23. Januar 2010 steht im Zeichen der Grossratswahlen 2010. Wir wollen die Wahlen im Kanton Bern gewinnen, denn der Kanton und seine Bevölkerung brauchen die SP dringender als je zuvor. Angelika Neuhaus

Die Zeiten sind hart; die Arbeitslosigkeit greift um sich und etliche Traditionsbetriebe müssen ihre Tore schliessen. Der Staat muss plötzlich eintreten für falsch beschlossene Strategien und ausgeblutete Firmen. Die bürgerlichen Parteien wollen die Renten kürzen und eine Zweiklassenmedizin einführen. Sie sind nicht bereit,

eine nachhaltige Energieproduktion zu fördern und wollen die Bildung privatisieren. Intoleranz und Ausgrenzungstendenzen greifen um sich; die Angst regiert.

Wir haben aber keine Angst! Wir haben klare Vorstellungen, was wir wollen, wie die Gesellschaft von morgen aussehen muss: sozial und solidarisch, gerecht und umweltbewusst.

Wir kämpfen für nachhaltige Jobs, für sichere Renten, für saubere Energie, ein bezahlbares Gesundheitswesen und eine gute Bildung für alle. Wir füllen die Schlagwörter mit Inhalten, zeigen auf, was wir bereits erreicht haben und was wir fordern.

Unsere Erfolge und Forderungen stehen in der Wahlplattform, die wir am Parteitag vom Januar verabschieden wollen. Wir werden zeigen, wie wir unseren Kanton gestalten wollen: als einen starken Kanton für alle, wo die Menschen im Mittelpunkt der Politik stehen.

Angelika Neuhaus  
ParteiSekretärin SP Kanton Bern

# ja



Ein Ja zur SP ist ein Ja zur Zukunft!

Der starke  
Personalverband

**BSPV**



## Der BSPV: Ihre Partei am Arbeitsplatz

Beratung erhalten Sie unter:  
[www.bspv.ch](http://www.bspv.ch) / 031 311 11 66

BSPV – Bernischer Staatspersonalverband

**BLINDEN**

**Restaurant Blinde Insel**  
12. 2. bis 27. 3. 2010  
**Grosse Halle**  
**Reitschule Bern**  
Reservation  
[www.grossehalle.ch/blindeinsel](http://www.grossehalle.ch/blindeinsel)  
Tel: 078 854 58 66

## ROTES BRETT

Fr. 5.– günstiger z. B. ins

**Chrämerhuus Langenthal**

14. Januar 2010, 20 Uhr  
**Konzert mit Stahlberger**  
Betrachtungsweisen zum helvetischen Alltag mit wortwit-  
zigem Scharfsinn und varian-  
tenreichem Instrumentarium

17. Januar 2010, 19 Uhr

**Hohe Stirnen mit Tanze  
wie ne Schmärtterling**

Eine Lesung mit Musik von  
Pedro Lenz & Patrik Neuhaus

Dieser Preisnachlass von  
Fr. 5.– wird gegen Vorwei-  
sung des Mitgliederausweises  
oder der Sympi-Card an  
der Abendkasse gewährt.  
Kulturverein Chrämerhuus  
Langenthal, 062 923 15 50,  
[www.chraemerhuus.ch](http://www.chraemerhuus.ch)

**Du plakatierst für die SP**

Für die Wahlen 2010 suchen  
wir im ganzen Kanton Bern  
SP-Mitglieder, die Plakate gut  
sichtbar in ihrem Garten, an

ihrem Balkon oder sonst wo  
aufhängen können. Wir lie-  
fern euch die Plakate natür-  
lich kostenlos. Bei Interesse  
bitte eine Mail mit Adresse  
an [daniel.furter@spbe.ch](mailto:daniel.furter@spbe.ch).  
Merci fürs Mitmachen.

**Fröhliche Festtage**

Die SP Kanton Bern wünscht  
allen SP-Mitgliedern und  
-SympathisantInnen fröh-  
liche Festtage und nur  
das Beste für 2010!

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: [links.be@spbe.ch](mailto:links.be@spbe.ch)

## AGENDA

23. Januar 2010

**Parteitag SP Kanton Bern**  
10 Uhr, Hotel Bern

20. Februar 2010

**Hauptversammlung SP-Frauen Kanton Bern**  
Bern

## IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Monbijoustrasse 61,  
Postfach 1096, 3000 Bern 23, Telefon 031 370 07 80,  
[links.be@spbe.ch](mailto:links.be@spbe.ch)

Adressänderungen bitte direkt an:

[linksabo@spschweiz.ch](mailto:linksabo@spschweiz.ch)

Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)

Redaktion: Daniel Furter

Redaktionsschluss nächste Ausgabe:

11. Januar 2010